

Mackensens Heimkehr.

Die Abmachungen mit Ungarn. — Schwierigkeiten in Rumänien.

Durch eine am 14. November in Budapest eingetroffene deutsche Militärkommission unter Leitung des Bevollmächtigten der Obersten Heeresleitung, Oberst von Massow, ist über die Heimkehr der jetzt in Südungarn weilenden Armee des Feldmarschalls Mackensens folgende Vereinbarung getroffen worden:

1. Die Truppen und das Kriegsmaterial der Heeresgruppe Mackensens werden so schnell als möglich mit der Bahn über Urad—Sokol—Holna und erforderlichen Falls über Kologor nach Deutschland abtransportiert. 2. Deutschland verpflichtet sich die Kohlenzufuhr nach Ungarn zu steigern und zwar sollen von vier Kohlenzügen, die Oberberg in der Richtung Ungarn passieren, drei Ungarn überlassen werden und einer für den Abtransport der deutschen Truppen dienen. Je schneller also die Heeresgruppe abtransportiert wird, auf desto mehr Kohle kann Ungarn für seine eigenen Interessen rechnen. 3. Die Verpflegung der Heeresgruppe in Ungarn übernehmen gegen deutsche Barzahlung die Kommissare der ungarischen Regierung. Sie erfolgt an bestimmten vereinbarten Punkten. Hierdurch sollen willkürliche Requisitionen vermieden werden. 4. Dasjenige Kriegsmaterial, das wegen Mangels an Transportmitteln nicht abgeführt werden soll, wird dem ungarischen Kriegsministerium zum Kauf angeboten. Auf dieser Grundlage ist bei beiderseitig vorhandenem guten Willen damit zu rechnen, daß Ungarn bis Mitte Dezember von der Heeresgruppe geräumt ist und daß der Abzug der Truppen in Formen vor sich geht, die dem vereinbalt Jahr hindurch bewährten Waffenabnahme entsprechen.

Feldmarschall Mackensens leitet den Abtransport von seinem Hauptquartier Hermannstadt aus und beweist damit, daß er als alter Soldat seinen Posten nicht eher verlassen will, als bis er seine Truppen in Ordnung wieder in seine Heimat zurückgeführt hat. Politische Zwecke verfolgen, wie vielfach Zeitungsnachrichten meldeten, wollte er dabei in keiner Weise.

Die letzten deutschen Truppen haben Rumänien nicht verlassen, da sie infolge unglücklicher Witterung mit großen Schwierigkeiten kämpfen mußten. Der Vormarsch über die Karpathen kann sich naturgemäß nur langsam vollziehen. Bokhorst hat im englischen Parlament erklärt, daß Deutschland beim Verlassen des rumänischen Gebietes gegen die Truppen der Alliierten feindselige Handlungen begangen habe. Tatsache ist demgegenüber, daß, als Feldmarschall Mackensens seinen Abtransport bereits in die Wege geleitet hatte und der Waffenstillstandsvertrag zwischen Deutschland und den Alliierten bereits abgeschlossen war, französische Truppen die Donau überschritten und deutsche Einpanttruppen angegriffen haben. Gleichzeitig hatte die rumänische Regierung in Jassy, ohne den mit Deutschland abgeschlossenen Präliminarfrieden zu kündigen, anscheinend unter dem Druck des Generals Berthelot die Armee Mackensens unter der Führung überfallen, daß sie sich vom 10. Nov. ab von neuem als im Kriegszustand mit Deutschland befindet ansehe. Zu Kämpfen zwischen den rumänischen und deutschen Truppen ist es jedoch nicht gekommen. Die Rumänen drängen nur mit schwachen Kräften nach und es kommt ihnen anscheinend nur darauf an, den Abzug der Deutschen zu beschleunigen. Der regelmäßige Abgang der deutschen Truppen beginnt Ende November. Bisher sind nur einzelne Transporte teils über Oberberg, teils über Budapest und Wien abgegangen. Die Durchführung der getroffenen Maßnahmen hängt also in erster Linie von einer geregelten Kohlenzufuhr aus Deutschland und dem verfügbaren deutschen Eisenbahnmateriale ab, die Kohlenzufuhr wiederum wesentlich von dem Verhalten der Tschechoslowaken, deren Regierung sich neuerdings zu Entgegenkommen bereit erklärt hat. In Ungarn begegnen die deutschen Truppen großem Wohlwollen und jeder bringt ihrer unverschuldeten Schwierigen Lage Verständnis entgegen.

Frankreich verlangt die Internierung der Armee Mackensens.

Die Budapest Wäuter bringen ein Telegramm des französischen Generals Franchet d'Esperey, in dem die Entwaffnung und Internierung der Armee Mackensens gefordert wird, weil die Frist vom 19. November überschritten worden sei. Von authentischer Seite wird das Telegramm bestritten. Feldmarschall Mackensens hält aber an dem Standpunkt fest, daß auch für seine Truppen der Waffenstillstand zwischen Deutschland und der Entente maßgebend sei. Die schwierige Lage der ungarischen Regierung besteht darin, daß sie einerseits dem französischen Druck ausgesetzt ist, andererseits das Kohlenabkommen mit Deutschland gefährdet sieht, das eine Lebensfrage für Ungarn ist.

Rumänien auf dem Kriegspfade.

Einschlag in Siebenbürgen.

Aus Klausenburg kommt die Nachricht, daß der König von Rumänien seine Armee zur Eroberung von ganz Siebenbürgen aufgeföhrt habe. Es verkäunt, daß schon demnächst französische Truppen das Szeklerland besetzen werden. Die Mobilisierung der gesamten rumänischen Armee soll im Zuge sein. Zwei rumänische Regimenter sind in Siebenbürgen bereits eingerückt.

Gesichte mit deutschen Truppen.

Das rumänische Heer wird 26 Komitate, auf die Rumänen Anspruch zu haben erklärt, mit Zustimmung der Entente besetzen. Der Vormarsch hat bereits begonnen, er stößt jedoch auf Schwierigkeiten, da die Mackensens Armee mit 18000 Mann die vorkrückenden Rumänen aufhält. Es haben bereits Gesichte zwischen den rumänischen und den deutschen Truppen stattgefunden.

Die Verteidigung der Stadt Preßburg.

Bier Regimenter Honveds und ein Regiment mit Maschinengewehren zur Verteidigung der Stadt Preßburg gegen die Rumänen sind von Budapest abgegangen.

Bauernunruhen in Rumänien.

Nach zuverlässigen Meldungen sollen in einzelnen großen Distrikten Rumaniens Bauernunruhen ausgebrochen sein. Die Bauern seien bis Bukarest vorgezogen, ein Teil der Stadt sehe in Flammen.

Ernste Sorgen der sächsischen Industrie.

Eine Kundgebung in Dresden.

Zu einer machtvollen Kundgebung gestaltete sich eine Versammlung, die die Ortsgruppe Dresden des Verbandes Sächsischer Industrieller einberufen hatte. Eine Tagesordnung war nicht aufgestellt, da die Versammlung lediglich bezweckte, den Mitgliedern Gelegenheit zu einer Aussprache über die äußerst bedrohliche wirtschaftliche Gesamtlage der Industrie Sachsens zu geben. Das Bild, das sich ergab, war bedrückend genug. Es läßt sich wie folgt zusammenfassen: Wegfall der böhmischen Kohlenzufuhr, ohne Aussicht, daß in nächster Zeit die tschechisch-slowakische Regierung sich eines besseren besinnen wird; ausgedehnter Streik in dem ober-schlesischen Kohlenrevier; empfindliche Einbuße der Förderung im Zwickau-Deilschitz, wie auch im Gornauer Kohlenrevier durch Einführung des Licht- und durch Ausfall der Gefangenearbeit. Die Anregung, Soldaten einzustellen, wurde abgelehnt, da die Erfahrung leider gezeigt habe, daß die Betroffenen nur verdienen, aber nicht arbeiten wollen. Weitergehende Sperre der Rohmaterialienzufuhr, die es der Eisenbahn nur gestattet, die gegenwärtigen lebenswichtigsten Wirtschaftszweige zu bedienen, so daß also der Industrie nicht nur Kohlen, sondern auch die Rohstoffe fehlen. Trotzdem die Verordnung des K. und S. Rates zu Dresden, von Sonnabend auf Montag den Betrieb auf die Lichtstunden, Schicht umzustellen und bei Arbeitszeitverkürzung keine Lohnverkürzung eintreten zu lassen. (Dieser Lichtstunden-Tag ist für Sachsen so zu verstehen, daß in der Woche 48 Stunden zu arbeiten ist, bei verkürzter Sonnabendarbeit also die Produktivität an den übrigen Wochentagen durch Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer entsprechend verkürzt werden kann.) Dazu kommt die Unsicherheit des Unternehmers, der nicht mehr sicher weiß, über welche Mittel er in verhältnismäßig kurzer Zeit noch verfügen kann. Der tatkräftige Unternehmer wird sich dadurch lahmgelegt, die reibungslose Durchführung der Demobilisation unmöglich gemacht trotz des besten Willens der Industriellen, auch in dieser Hinsicht das Äußerste zu tun.

Um diesem unhaltbaren Zustand ein Ende zu machen, erlangt in der Versammlung gebieterisch die Forderung nach Einberufung der konstituierenden Nationalversammlung. Außerdem wurde die ernste Frage gestellt: Woher sollen die Betriebe das Geld nehmen für die lawinenartig anwachsenden ungeheuren Mehrforderungen in einer Zeit gewaltiger Beschäftigung?

Es fehlte nicht an ersten Stimmen, die es dem Vorstand des Verbandes nahelegten, den K. und S. Räten vor Augen zu führen, daß man auch in wirtschaftlichen Dingen erst lernen müsse, bevor man disponieren dürfe, wenn nicht alles zum Teufel gehen solle. Der Vorstand der Ortsgruppe Dresden des Verbandes Sächsischer Industrieller versprach, mit der gegenwärtigen sächsischen Regierung eingehend Rücksprache zu nehmen.

Das Gespenst der Arbeitslosigkeit.

Das „D. L.“ schreibt: Eine Millionen-Arbeitslosigkeit sieht binnen kurzem bevor. Die deutsche Eisenindustrie ist bekanntlich angewiesen auf Lieferung aus den Eisengruben des Elsaß-Lothringens und Oberschlesiens. Beide Haupterzeugungsgebiete können zurzeit nichts liefern, und auch Ersatzlieferungen aus Schweden oder Spanien kommen jetzt nicht in Frage, weil die feindliche Blockade noch fortbesteht. Es werden daher in sehr kurzer Zeit — man rechnet bis Mitte Dezember — Millionen von Arbeitern und Angestellten arbeitslos werden. Denn es ist natürlich unmöglich, die vorläufige Regelung, daß die Industrie die Arbeiter weiter beschäftigen und fortbezahlen müsse, auf die Dauer aufrechtzuerhalten, weil das zum Ruin der Industrie führen müsse.

Die Sozialisierung der Betriebe.

Die von der Reichsleitung berufene Kommission zur Vorbereitung der Sozialisierung sollte gestern zum ersten Male zusammentreten.

Ein Wort Bräuhofers.

Der bekannte Führer der sächsischen Mehrheitssozialisten, Bräuhofers, sagt in der „Dresdner Volkszeitung“: „Nach diesem unheilvollen Krieg, durch den wir von allem Notwendigen entblößt sind, wo Industrie und Handel über vier Jahre auf Kriegszweck eingestellt waren, wo Nahrung und Rohstoffe fehlen, wo Millionen von Arbeits- und Anstellungsverhältnissen völlig gelöst sind, zur Expropriation und zur sozialistischen Uebernahme der Produktion durch das Proletariat übergehen zu wollen, ist heller Wahnsinn. Das Gleiche gilt von der Aufhebung des Privatigentums.“

Eine sächsische Gesandtschaft in Prag.

Die sächsische Regierung beabsichtigt, in Prag eine eigene Gesandtschaft zu errichten. Es ist auch schon ein Herr als Leiter ausersehen. Es ist in Dresden noch unbekannt, ob der tschechischen Regierung die Errichtung einer solchen Vertretung genehm ist; eine Antwort auf die sächsische Anfrage in Prag steht noch aus.

Kleine politische Meldungen.

Die Heimführung der Södliger Griechen. Die Reichsleitung hat sich mit der griechischen Regierung in Verbindung gesetzt, damit der von Oberst Karakalos ausgesprochene Wunsch, daß das Griechenskorps in Södlig umgehend nach Griechenland transportiert werde, allerdings wird dies Wochen in Anspruch nehmen, da der Abtransport nur zur See erfolgen kann und die Entente zu diesem Zweck Schiffe nach einem deutschen Hafen entsenden muß.

Der Grundbesitz der Exkönigin von Bayern bei Juwelic in Mähren wurde in tschechische Zwangsverwaltung genommen.

Die amerikanische Kriegsbilanz. Nach Meldungen aus Washington teilte General March mit, daß die Verluste der amerikanischen Truppen bis zur Unterzeichnung des Waffenstillstandes betrugen: An Toten 52169 Mann, an Verwundeten 179525 Mann, an Gefangenen und Vermissten 3528 Mann. Die Amerikaner nahmen 44000 Deutsche gefangen und erbeuteten 1400 Geschütze.

Ludendorff in Schweden. Wie die „Mat. Fig.“ erfährt, ist General Ludendorff über Södlig nach Schweden gereist.

Ein italienischer Zerstörer gesunken. Der italienische moderne Zerstörer „Cesare Rossari“, der mit wichtigen Instruktionen von Pola nach Trieste unterwegs war, ist auf eine Mine gelaufen und gesunken.

Schleuniger Vormarsch gegen die russischen Bolschewiken. Aus London wird dem „Baseler Anzeiger“ gemeldet, daß nach Berichten der „Daily Mail“ 500000 Engländer und Franzosen auf dem Wege nach Rußland sind. Der Feldzug werde nicht bis neun Monate dauern und mit der kriegsgerichtlichen Etablierung des Moskauer und Petersburger Bolschewik enden.

Die Verordnung Deutsch-Oesterreichs gesichert. In ganz Deutsch-Oesterreich herrscht vollkommene Ruhe, sogar die gewalttätige Verteilung deutscher Städte und Gebiete in Böhmen, Mähren und Schlesien, der Steiermark und Kärnten durch die Engländer und Südländer wird ohne Gegenwehr ertragen. Dank der großzügigen Anstalts Deutschlands ist die Verpflegung Wiens bis Ende Dezember gesichert. Trotdem ist zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung rasche und zügige Lieferung von Nahrungsmitteln dringend erforderlich.

Von Stadt und Land.

Am 17. November.

1. In Erwartung der Truppen in War. Die Stadt War erlöst sich bereits zu einem festlichen Empfang der hier erwarteten Truppen. Am Eingange zur Stadt, gegenüber Hotel Kaufmann, ist eine große Ehrenpforte errichtet, die den heimkehrenden Tapferen den ersten Willkommen bieten wird. Die Schulen haben mit anerkanntem Eifer ihre Gebäude farbenfroh mit Blumen und Kränzen geschmückt, viele Privathäuser sind ihnen gefolgt. Hoffentlich wird es auch an dem nötigen Plagenhonak nicht fehlen. Wann die Truppen hier eintreffen werden, steht noch nicht fest. Angeblich sind sie am Montag in Waren verladen worden. Da könnte es immerhin noch bis Ende der Woche dauern, bis wir sie hier werden begrüßen können.

Wie wir hören, hat als weitere Liebesgabe für das hier erwartete Ost. Bat. XIX/31 Herr Direktor Schröhl 50 Mk. gespendet. Der Besitzer des Hippodromspielhauses, Herr Berthold, stiftete für jeden Offizier, Unteroffizier und Mann je eine Eintrittskarte in sein Nachtspieltheater.

Die Verlässliche der Agt. Söchl. Armee Nr. 561 ist erschienen und kann in unserer Geschäftsstelle eingesehen werden.

Ausstellungsstellung im Stadthaus. Für Kunstausstellung hatte in den letzten Tagen sehr starken Besuch aufzuweisen. Die ausgestellten Bilder fanden allgemeines Interesse. Die Ausstellung ist nur noch bis Sonntag den 1. Dez. einbl. geöffnet. Weihnachts- oder sonstige Einfürte in der Ausstellung müssen daher rechtzeitig demitt werden. Der in der Ausstellung anwesende Maler Herr Schilde erteilt alle gewünschten Auskunft.

Hauschlachtungen. Hierdurch verweisen wir auf eine Bekanntmachung in unserer heutigen Nummer über Hauschlachtungen, die für alle Viehhalter von besonderer Wichtigkeit ist.

Umgestaltung der Brotverforgung. Aus Berlin wird am 2. Dezember gemeldet: Die Umgestaltung der Brotverforgung am 2. Dezember wird sich nunmehr in folgender Weise gestalten: Die Zufahrtkarte für Schaner- und Schanerarbeiter wird auf Wunsch der Berliner Arbeiterschaft aufgehoben, und die hierdurch freiwerdende Menge Mehl wird dazu verwendet, die allgemeine Brotportion einheitlich und gleichmäßig auszugestalten; dementsprechend wird die Wochenmenge vom 2. Dezember ab auf 2350 Gramm festgesetzt. Zunächst behalten die für die Zeit nach dem 2. Dezember ausgegebenen Brotmarken ihre Gültigkeit; die über 200 Gramm lautenden Abschnitte werden, wie noch des näheren bekanntgegeben wird, für 250 Gramm angenommen. Vom gleichen Zeitpunkt ab wird die auf Reichsbrotmarken entfallende Tagesbrotmenge 300 Gramm betragen. Wird eine Weile vor dem 2. Dezember angetreten und dehnt sich über diesen Zeitpunkt aus, so erhält der Reisende für die Zeit bis 2. Dezember einschließl. 6, für die spätere Zeit täglich 6 Reichsbrotmarken.

Einstellung des Wätkerverkehrs in Sachsen. Infolge der durch die Demobilisierung verursachten außerordentlichen Inanspruchnahme der Eisenbahnen, ist nunmehr auch in Sachsen vom 24. November an der gesamte Eil- und Frachtgutwagenladungsverkehr in demselben Umfang eingestellt worden, wie dies im übrigen deutschen Gebiet bereits seit einiger Zeit nötig geworden ist. Zugelassen sind darnach als auf weiteres nur die Lebensmittel (einschl. Futterrüben), Futtermittel, Kohlen, Stroh, Breiheits, Bettungsapparate, gefüllte und leere Kesselwagen, Sprengstoffe für Bergwerke, ferner mit besonderer Genehmigung der Unterkommandantur Militär- und Privatgut für die